



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/186 - 15. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Es gärt in der Landwirtschaft der Zone	S. 1
An Beginn der Suez-Konferenz - Bericht aus London	S. 3
Fazit der internationalen Konferenz für Sozialarbeit	S. 5
Eine merkwürdige Stellungnahme der Frank- furter IHK	S. 7

Paradies auf Karten

- Die Vorgänge im Kreise Pirna -

KJ. "Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein". Auf diese poetische, im Kern aber durchaus ernst gemeinte Formel hat die SED in den vergangenen Jahren ihre Landwirtschaftspolitik gebracht. Das "ideologische Küstzeug" sollte im Verein mit "strenger Disziplin" und fortschreitender Kollektivierung die Ernteerträge steigern und die Lebensmittelrationierung aufheben. In kurzen Abständen wurde immer wieder versprochen, dass nun aber bestimmt "im nächsten Jahre" die Karten wegfallen. Der neueste Termin wurde vor gut zwei Wochen auf dem 28. Plenum des SED-Zentralkomitees mitgeteilt: 1957 ...

Die Bauern in Mitteldeutschland, die kollektivierten wie die noch selbständigen, sind bis zum heutigen Tage nicht aus den Schwierigkeiten herausgekommen, in die sie durch die verfehlte Landwirtschaftspolitik Pankows geführt wurden: das ihnen auferlegte Soll ist in den meisten Fällen unerfüllbar, es fehlt an Dünger, an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Die Hilfe des Staates besteht in der Entsendung von "Instruktoren", die den Bauern Propagandavorträge halten, dem unproduktiven Masseneinsatz von Industriearbeitern bei Feldarbeiten - und der schliesslichen rigorosen Selbentreibung, bei der oft dem Einzelbauern kein einziges Pfund Getreide für den Eigenbe-

darf mehr in der Scheune bleibt.

Wie lange werden sich die mitteldeutschen Bauern das alles gefallen lassen? Die Unruhe unter der Landbevölkerung nimmt ständig zu und drückt sich heute nicht allein mehr in der anhaltenden Fluchtbewegung nach den Westen aus. Ein Beispiel dafür sind die Vorgänge im Kreise Pirna: Auf einer Bauernversammlung in Cotta kam es in der vergangenen Woche zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Partei- und Verwaltungsfunktionären, nachdem diese alle Beschwörden der Bauern mit Propagandaphrasen abtun wollten und ihnen obendrein alle Schuld für die bestehenden Mängel zuschoben. Den so provozierten Bauern riss daraufhin die Geduld: mit Bierkrügen und Stuhlbeinen trieben sie die Phrasen zum Dorfe hinaus. Weil sich das Regime heute weniger denn je einen 17. Juni unter der Landbevölkerung leisten kann, endete die Rebellion von Cotta mit einer Sitzung des SED-Bezirksaktivs in Dresden, auf dem Ulbricht persönlich befahl, die "Lekren aus diesem Vorfall zu ziehen und den Bauern mehr zu helfen." Es wurde niemand verhaftet.

Dass es ihnen jedoch gelingen wird, in absehbarer Zeit die Lebensmittelmisere in der Zone zu beseitigen, ist - trotz der avisierten Moskauer Rußelspritze - höchst unwahrscheinlich. Im Grunde müßte es der mitteldeutschen Landwirtschaft und damit der Bevölkerung längst bedeutend besser gehen als der westdeutschen. Das drückt sich deutlich in der Hektarfläche des nutzbaren Bodens aus: während die Bundesrepublik für ihre 48 Millionen Einwohner nur 13,5 Millionen ha Ackerland zur Verfügung hat, gibt es drüben 6,7 Millionen ha für 17 Millionen Menschen. Die Erträge der Sowjetzonenlandwirtschaft sind jedoch - vor allem bei Kartoffeln und Zuckerrüben - bedeutend niedriger als im Westen. Das liegt vor allem an der ungenügenden Mechanisierung. Ein Beispiel: 400 000 Schleppeern in der Bundesrepublik stehen ganze 28 000 in der Zone gegenüber. Diese 28 000 werden bevorzugt den "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (die Kolchosen umfassen heute 27,3 % der Nutzfläche) zur Verfügung gestellt; die Einzelbauern haben das Nachsehen. Aber auch die verstaatlichte Landwirtschaft bleibt ständig hinter den Produktivitätserwartungen zurück. Alle "Volksgüter" arbeiten unrentabel - das "Volksgut" Leuthen z.B. hat eine Verschuldung von 1,3 Millionen DM aufzuweisen, alle anderen liegen nicht weit darunter.

Die Miswirtschaft auf dem Lande, bedingt durch Verpolitisierung und Verbürokratisierung, durch Anbau- und Erntebefehle, Solleintreibung und Zwangskollektivierung läßt wenig Hoffnung für die Aufhebung der Rationierung im Jahre 1957 zu. Die Sowjetzone ist jedenfalls heute noch ein "Paradies auf Erden", in dem das Pfund HO-Butter 10 Mark und das "freie" Schweinefleisch 8 Mark kostet. Mit diesen "Errungenschaften" kann Pankow nicht glänzen, und es ist unerfindlich, woher die SED den Optimismus nimmt, Westdeutschland "sehr bald" zu überwinden und aus der DDR "ein Schaufenster des Sozialismus" zu machen.

Eden wird sich der Vernunft beugen

E. A. London

Diese Konferenz zur Beilegung eines der schwersten Konflikte seit dem Ende des grossen Krieges ist eine unter amerikanischem Druck zustandegekommene Notlösung. Es ist wohlbekannt, dass Grossbritannien und Frankreich, hätten sie die amerikanische Unterstützung dafür gefunden, auf die Verstaatlichung des Suezkanals durch Oberst Nasser mit der Wiederbesetzung der Suez-Kanalzone antworten wollten. Weder Präsident Eisenhower noch sein Aussenminister Foster Duller konnten aber am Vorabend der amerikanischen Wahlen "an den Abgrund des Krieges" marschieren. Ihr Veto hat Premierminister Eden vor der grössten Torheit seiner politischen Karriere bewahrt.

Wir alle in London waren sehr überrascht von der äusserst heftigen britischen Reaktion als von Oberst Nassers plötzlichem Zugriff. Warum verloren die britische Regierung, Presse und in weitestem Umfang die Öffentlichkeit ihre traditionelle, kühl abwägende Haltung? Vernunftgemäss hätte man mit einer ähnlichen Reaktion Nassers auf die plötzliche Verweigerung der amerikanischen und britischen Hilfe zum Bau des Assuan-Staudammes rechnen können. Gefühlsmässig aber sah man nur, dass Nassers brutaler Zugriff die wundeste Stelle der britischen und der Commonwealth-Politik traf und eine Schwäche blosslegte, die zwar lange bestand, man aber peinlichst zu verbergen trachtete.

Die heftige ergriffenen Gegenmassnahmen sehen sich heute als ein Ventil der öffentlichen Erregung an. Was aber wäre die Folge gewesen, wenn die Ägypter einen neuen unbedachten Akt, etwa die Beschlagnahme der britischen Kriegsvorräte oder die Durchfahrtsperre für britische Schiffe, begangen hätten? Dann wäre die Alleintour gekommen, von der die Zeitungen schrieben, dass man dazu bereit sei. Sie ist, wenn man der rechtsstehenden Presse und den Toryhitzköpfen glauben könnte, auch heute noch nicht ausgeschlossen. Sonst aber ist in Laufe der vergangenen drei Wochen eine allgemeine Ernüchterung eingetreten. Schon Aussenminister Schepilows Anwesenheit dürfte das ursprüngliche Konzept einer Blitzkonferenz, um die gemeinsamen englisch-französisch-amerikanischen Vorschläge für eine internationale Kontrolle des Suezkanalbetriebes in wenigen Tagen durchzupfeitschen und dann in ultimativer Form Ägypten zu präsentieren, gründlich verderben.

Die Stellungnahme seiner Regierung hat Eden in seiner Rundfunk-

rede in drei knappen Punkten zusammengefasst:

1. Die Freiheit des Kanals ist für die Wirtschaft Grossbritanniens eine Lebensfrage.
2. Die britische Regierung kann nicht dulden, dass das Lebensinteresse der Nation von Willen einer einzelnen Macht abhängt, die sich obendrein schon als vertrauensunwürdig erwiesen habe.
3. Grossbritannien suche eine Lösung nicht durch Gewaltmittel, sondern durch ein internationales Abkommen, das auf die weiteste Unterstützung durch andere am Kanal interessierte Völker rechnen könne.

Während Punkt eins und zwei die militärischen Vorbeugungsmassnahmen der britischen und französischen Regierung begründen sollen, ist Punkt drei die Verhandlungsgrundlage der Suez-Konferenz. Soweit die britischen, französischen und amerikanischen Vorschläge in dieser Hinsicht bereits bekannt geworden sind - sie wurden den eingeladenen Mächten zugestellt - lassen sie an Präzision und Klarheit zu wünschen übrig. Die Zusammensetzung, Funktion und Befugnisse der vorgeschlagenen internationalen Kanalbehörde wurden offengelassen, das Eigentumsrecht am Kanal und den Kanalanrichtungen nur stillschweigend als von Ägypten verstaatlicht anerkannt und vor allem das Verhältnis zwischen der verstaatlichten Suez-Kanalgesellschaft und der internationalen Kontrolle im dunklen gelassen. Ganz und gar nicht berührt ist die Frage, wie die Konferenz oder die von einer Konferenzmehrheit damit betraute Macht die internationale Kontrolle einem widerstrebenden Ägypten aufzwingen könnte.

In dieser entscheidenden letzten Frage erscheint eine Einigung fast unmöglich. Was aber dann? Will Grossbritannien denn "allein gehen"? Oder wird man einer Kompromisslösung, einer neuer Konferenz, ein Überweisen an die UN oder andere zeitgewinnenden Methoden, von britischer und französischer Seite zustimmen? So wie die Stimmung in Grossbritannien sofort nach der Verstaatlichungsaktion war, wäre das damals nicht möglich gewesen. Heute, wo die Opposition zur Wässigung drängt, wo die Öffentlichkeit in einer Meinungsbefragung sich mit einer Zweidrittelmehrheit gegen militärische Zwangsmittel ausgesprochen hat und eine allgemeine Ernüchterung eingetreten ist, wäre eine Kompromisslösung nicht mehr ausgeschlossen. Von dem diplomatischen Geschick Edens und seines Aussenministers wird es nun abhängen, ob er diese Chance ergreift - oder aber ob sich die britische Regierung in eine Sackgasse verrennen will.

Besseres Leben für Alle

E. F., München

Darüber sei man sich in der Welt einig, dass die Sozialarbeit aufgehört habe, ein Almosenspender zu sein, sie sei eine qualifizierte Institution geworden, mit deren Hilfe die Wechselfälle des Lebens überwunden werden könnten. Das war die Ansicht von Mr. Schottland aus USA auf der internationalen Konferenz für Sozialarbeit in München. Andere Sprecher haben das so ausgedrückt: Sozialarbeit bedeutet nicht nur ein gutes Gewissen, sondern Struktur-Reformen, die menschliche Gesellschaft müsse urbar gemacht werden. Bei dieser Konferenz ging es um "die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Sozialarbeit in Familie und Gemeinwesen".

Sympathisch war schon die einfache Bezeichnung der Teilnehmer als "Sozialarbeiter". Es waren Leute, die der Meinung sind, dass die soziale Entwicklung ebenso beobachtet und gepflegt werden muss, wie die wirtschaftliche Entwicklung, wenn schwerwiegende gesellschaftliche Störungen ausbleiben sollen. Darunter waren Minister und Professoren, Industrielle und hauptsächlich in der sozialen Fürsorge Berufstätige: 2650 Delegierte aus 53 Ländern, von den Philippinen und Neuseeland bis zu den benachbarten Ländern Schweiz, Österreich und - Tschechoslowakei. Ebenso erfreulich war auch die Tatsache, dass jedermann als Gast teilnehmen und dank einer hervorragend funktionierenden Simultan-Dolmetscher-Anlage in einer der drei Verhandlungssprachen Englisch, Französisch oder Deutsch folgen konnte.

Zehn Gebote für gesundes und sozial gerechtes Wohnen

In vier Sachverständigen-Kommissionen wurde u. a. über die Auswirkung der Industrialisierung auf die Lebensbedingungen in Stadt und Land und über die Stärkung des Familienlebens in der industriellen Gesellschaft beraten. Die zwanzig Arbeitsgruppen hatten die Probleme der alten Menschen in der industriellen Gesellschaft, Teilzeitschäftigung für Mütter mit Kindern, Gesundheitsprobleme, Verwahrlosung und Straffälligkeit Jugendlicher, Erwachsenenbildung, Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien, Bedeutung der Familienbeihilfen für das Familienleben und viele andere Themen zu behandeln. Auch dem sozialpolitisch erfahrenen Teilnehmer sind dabei noch manche Lichter aufgegangen.

Die vielen weiblichen Teilnehmer lieferten besonders bemerkenswerte Beiträge. Die farbigen Delegierten haben eine grosse Dynamik ge-

zeigt - der weisse Mann ist anscheinend träger geworden. Das ist vielleicht auch eine Folgeerscheinung der Industrialisierung. Eine "Grossstadt-pflanze" etwa, die selbst in Hinterhöfen aufgewachsen ist, empfindet vielleicht nicht so stark, dass die meisten Menschen zu wenig Lebensraum haben, dass sie sich nicht zu freien Persönlichkeiten entfalten können und nur noch auswechselbare Nummern in der industriellen Gesellschaft sind. Wieviele geborene Grosstädter sind sich schon klar bewusst, dass die unter Ausserachtlassung der primitivsten sozialen Erfordernisse um die Jahrhundertwende entstandene Wohnviertel und leider auch manche kurz nach 1948 gebauten, sogenannten Schlicht- oder Einfachstwohnungen, überaltert und im Begriff sind, zu Slums zu werden, mit den damit wachsenden Gefahren? Dass die Prostitution, Rauschmittelsucht und Verwahrlosung der Jugend oft nur eine Folge solcher Erscheinungen einer planlosen Industrialisierung sind?

Für manchen oberflächlichen Zuhörer oder Leser mögen die von einer der Arbeitsgruppen als internationale Mindestforderungen verlangten zehn Gebote für ein gesundes und sozial gerechtes Wohnen primitiv klingen. Aber wie viele Familien gibt es noch keine ihrer Grösse entsprechende Wohnung, wie viele Menschen, die noch kein eigenes Bett, keinen eigenen Herd, nicht Klosett, Wasser und Bademöglichkeit im eigenen Wohnungsverschluss haben! Das gilt auch für die Bundesrepublik, weit mehr aber für viele andere Länder, von den sogenannten unterentwickelten Gebieten ganz abgesehen.

Alte sozialistische Forderungen

Ein Sozialist konnte der Konferenz nur mit freudiger Erregung folgen, weil er feststellen konnte, dass neben neuen uralte Forderungen, derenwegen unsere Väter eingesperrt, verstossen und verlacht wurden, jetzt hoffähig und von gesellschaftlich hochgeachteten Persönlichkeiten mit wissenschaftlicher Methode vorgetragen wurden. Was sind das anderes als alte sozialistische Forderungen, wenn heute verlangt wird, dass wirtschaftliche Fragen keine Priorität vor sozialen Fragen haben dürfen; dass soziale Hilfe ohne patriarchalische Herablassung geleistet werden müsse; dass Staat, Wirtschaft und freie Verbände zusammenarbeiten müssen, um die Gesellschaft intakt zu halten, nachdem die soziale Entwicklung hinter der rapiden und rücksichtslosen technischen Entwicklung immer zurück bleibt? Spezialisten der sozialen Fürsorge

müssten bei der Industrieplanung eingeschaltet werden; Untersuchungen sollten angestellt werden über die sinnvollste Verteilung der nationalen Investitionen in den verschiedenen Phasen der industriellen Entwicklung; jede Sozialarbeit würde fragwürdig, wenn militärisch aufgerüstet wird, zum Nachteil und zum Schaden einer sozialen Aufrüstung. Dies waren einige der wichtigsten Gedanken und Forderungen.

Obwohl die Impulse dafür zuerst von politisch tätigen Menschen gekommen sind, scheint es jetzt so zu sein, dass die Wissenschaft der Politik weit voraus ist. Die Konferenz hat nur den Austausch von Erfahrungen gedient. Die eigentliche Arbeit muss draussen geleistet werden. Hoffen wir, dass die Delegierten in ihren Wirkungsbereich dabei erfolgreich sind, damit die internationale Sozialarbeit zu einer besseren Welt führt. Das Material, die Ideen und die Erkenntnisse der Konferenz reichen für Jahre.

+ + +

Politisierende Handelskammern

-o-. Die Industrie- und Handelskammern haben schon immer grossen Wert darauf gelegt, dass ihre Tätigkeit von allen Seiten als "objektiv und neutral" angesehen wird. Sie wollen als "ehrliche Makler" in der Wirtschaft fungieren. Leider kluft zwischen diesen Deklamationen und der praktischen Handhabung eine Lücke, eine recht grosse - manchmal sogar parteipolitische - Lücke. Das ist peinlich, besonders schon deswegen, weil es den Argumenten der Kammern gegen die von den Arbeitnehmern mit vollem Recht gewünschte Mitbestimmung viel von ihrer Glaubwürdigkeit nimmt.

Bereits seit Jahren gefällt sich zum Beispiel die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern, der Deutsche Industrie- und Handelstag, (DIHT), in einer reichlich einseitigen Betrachtungsweise der wirtschaftspolitischen Vorgänge. Die Förderung, die er der amtlichen Bonner Politik zuteil werden lässt, geht häufig weit über das hinaus, was man von einer "neutralen Institution" erwarten darf.

Wenn auch nicht alle Handelskammern in das Propagandahorn des DIHT stossen, so scheinen doch einige von ihnen den Ehrgeiz zu haben,

ihre Bonner Vorbilder noch zu übertrumpfen. Die Frankfurter Kammer hat dabei mit ihrer dieser Tage veröffentlichten Stellungnahme zum Parteitag der SPD zweifellos den Vogel abgeschossen. Unter der Überschrift "Automation in der Marktwirtschaft" glossiert sie in ihren "Mitteilungen" (Nr. 15/56) die politischen und wirtschaftlichen Ideen der SPD zur zweiten industriellen Revolution und stellt sich mit ihren Ausführungen völlig eindeutig auf den Boden der Kritik, wie sie von bestimmten Unternehmergruppen und deren parlamentarischen Vertretern vorgebracht wird.

Uns erscheint ein solches Vorgehen, abgesehen einmal von dem fachlichen Inhalt, für eine "objektive und neutrale" Kammer zumindest merkwürdig. Noch erstaunlicher aber ist ein Satz wie der folgende: "Auch in Zukunft wird es sich erweisen, dass nicht die sozialistische Ordnung, sondern die soziale Marktwirtschaft es vermag, die grossen, vor uns liegenden Aufgaben im freien, verantwortungsbewussten Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft bei voller Erhaltung der Privatinitiative des Unternehmers zu lösen."

Hier ist bei weitem das Mass überschritten, das man auch bei entgegenkommendster Auslegung des Aufgabenbereichs der Industrie- und Handelskammern diesen für eine Kommentierung wirtschaftlicher oder politischer Vorgänge zubilligen kann. Dies ist einfach ein Bruch der neutralen Haltung, zu der sich das Kammerwesen verpflichtet hat und zu der es auf Grund seiner Stellung in Staat und Wirtschaft auch verpflichtet ist.

Die Frankfurter Kammerherren möchten offensichtlich Politik treiben, Regierungspolitik natürlich. Was können sie tun, doch müssen sie sich dann darüber im klaren sein, dass unter diesen Umständen niemand mehr ihre Tätigkeit als "objektive und neutrale Mittler" anzu-erkennen in der Lage ist. Die Schlussfolgerungen, die sich aus einer solchen Einstellung ergeben dürften, liegen für die westdeutschen Kammern auf der Hand.